

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden,
Rabe & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 251

Dresden, Sonnabend den 25. Oktober 1924

35. Jahrg.

Wähler und Wählerinnen

zum Reichstag der deutschen Republik!

Der Reichstag ist aufgelöst. Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen wollten den Bürgerblock erzwingen. Der Versuch ist gescheitert, das Ende war die Auflösung. Jetzt haben die Wähler das Wort!

Wähler, erinnert euch, was sich seit den Wahlen ereignet hat!

Im Mai stand das Volk noch unter der Wirkung der Inflation. Millionen suchten damals im Rechts- und Linksradikalismus ihr Heil. Starke Fraktionen der Böttischen, der Kommunisten und der Deutschnationalen zogen in den Reichstag ein. Von ihnen erhofften viele Wähler die Rettung, heute sind sie bitter enttäuscht. Kommunisten und Böttische machten den Reichstag durch Entsetzung wichtiger Standbeamten arbeitsunfähig. Sie wurden so zu Hilfstruppen der monarchistischen Reaktion. Die Deutschnationalen glaubten, daß nun ihre Stunde gekommen sei. In ihrem Drang nach der Beherrschung des Reiches wurden sie unterstützt von der Deutschen Volkspartei, die ihre Aufnahme in die Regierungskoalition bereits im Mai verlangte. Die Sozialdemokratie erkannte die damit verbundene inner- und außenpolitische Gefahr. Sie forderte die Auflösung des Reichstages, der zu einem

Zeichenbild des Volkswillens

geworden war. Sie forderte eine Politik des wirtschaftlichen Aufstiegs und der sozialen Gerechtigkeit im Innern, des Ausgleichs und der Verteidigung nach außen. Die Möglichkeit dazu war nach den französischen Wahlen und dem Sturz Poincarés gegeben.

Schon der letzte Wahlkampf ging um Annahme oder Ablehnung des Dawes-Gutachtens. Deutschnational, Böttische und Kommunisten liefen gegen das Gutachten Sturm. Sie brandmarkten es als ein „zweites Versailles“, als einen „Plan zur Verflüchtung Deutschlands“. Einen andern Weg, auf dem Deutschland weniger Reparationslasten zu tragen gehabt hätte, wußten sie nicht zu zeigen. Das aber ist der entscheidende Punkt. Darum trat die Sozialdemokratie für die Annahme des Gutachtens ein. Es gelang ihr, die Regierung und die Mittelparteien für ihren Standpunkt zu gewinnen.

Die Deutschnationalen setzten im Bunde mit den Böttischen und den Kommunisten ihre verlogene Forderung gegen das Gutachten bis zur entscheidenden Reichstagsabstimmung fort. Sie stimmten gegen alle Ausführungsgesetze. Nur beim Eisenbahngesetz, das einer Zweidrittelmehrheit bedurfte, und von dessen Annahme das Schicksal des Gutachtens abhing, fiel plötzlich die Hälfte von ihnen nach vorher verabredetem Plan um. Die abkommandierten deutschnationalen Zusage gestanden, daß sie nicht durch sachliche Gründe befehrt wären, sondern nur

aus Angst vor der Reichstagsauflösung

gehandelt hätten. Trotzdem forderte jetzt die Deutschnationalen Partei für die Freigabe ihrer angeblichen Überzeugung stürmisch ihre Aufnahme in die Reichsregierung und berief sich dabei auf eine schriftliche Zusage der Deutschen Volkspartei.

Um dieses erbärmliche Schacher- und Schiebergeschäft zu durchkreuzen, forderte die Sozialdemokratie abermals die Auflösung des Reichstages. Statt dieser schnellen Entscheidung wurden wochenlange Verhandlungen mit jenen künstlichen Politikern geführt. Sie waren vergeblich. Nun blieb nur der Weg, den die Sozialdemokratie gewiesen hatte: die Auflösung.

Jetzt tun Klärung und Reinigung not! Der 7. Dezember muß sie bringen!

Wähler und Wählerinnen! Lernet aus den Ereignissen der letzten Monate!

Lernet daraus, daß die Kommunisten und die Böttischen nur die Schildehalter der deutschnationalen Reaktion sind und euch nicht helfen können.

Lernet daraus, daß die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und alle reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien den Bürgerblock gegen das werktätige Volk wollen!

Lernet daraus vor allem, daß es der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn sich außenpolitisch ein Weg ins Freie öffnete und innenpolitisch der Bürgerblock bisher verteidigt wurde!

Wähler und Wählerinnen!

Helft der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die deutschnationalen Revanchepolitik und gegen das Zustandekommen des Besitzbürgerblocks! Der Kampf der Sozialdemokratie ist der Kampf der Besitzlosen, Enteigneten und Unterdrückten gegen die Uebermacht der Besitzenden! Bürgerblock aber ist Klassenkampf der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Großindustrielle und Großagraren wollen den alten Klassenstaat wieder aufrichten, der den Volksmassen den Aufstieg wehrte.

Gegen den Besitzbürgerblock

stehen in gleicher Weise die Interessen der Innenpolitik wie der Außenpolitik Deutschlands. Der Zeitpunkt der Befreiung der Ruhr und des gesamten besetzten Gebietes hängt ab von dem Vertrauen, das die deutsche Regierung im Ausland genießt. Eine von der deutschnationalen Revanchepolitik geführte Regierung hat kein Vertrauen.

Welch gefährlich ist Bürgerblockpolitik im Innern. Was wollen die Deutschnationalen in der Regierung? Sie zeigen es täglich durch ihren Haß gegen die Republik, ihren Haß gegen die Demokratie, ihren Haß gegen die Reichsversammlung von Weimar, ihre Beschimpfung der Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Die Deutschnationalen werben offen

für die Monarchie. Aus ihren Reihen werden die putschistischen Verbände besetzt. Durch ihre Politik wurde immer wieder der Aufstieg Deutschlands verhindert.

Neuer Aufstieg ist nur möglich auf dem Boden der Republik, auf dem allein der demokratische Sozialismus zum Siege geführt werden kann. Drum auf, Wähler und Wählerinnen,

zum Kampf für die Republik!

Denkt daran: Bürgerblock ist Brotwucher! Schutzgeld hilft nur den Reichen. Maßlose Vertierung aller Lebensmittel, Lohndruck, wachsende Arbeitslosigkeit, verlängerte Arbeitszeit sind seine Folgen. In der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstages haben die Sozialdemokraten durch ihren entschlossenen Widerstand die beabsichtigte Durchweisung der Zollvorlage verhindert. Wählt das deutsche Volk am 7. Dezember keinen besseren Reichstag, so wird die Schutzollvorlage wiederkommen, werden die gesamten Reparationslasten bei der kommenden Steuerreform

auf die Minderbemittelten abgewälzt.

Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich mit allen Kräften diesen volksfeindlichen Plänen, deren Opfer vor allem auch die Kriegsschädigten, die Kleinrentner, die Arbeitsinvaliden und die Erwerbslosen werden müssen. Sie will den Wiederaufbau nicht durch Verkümmern von Menschenkraft und Menschenleben, sondern durch rationelle Ausgestaltung des Produktionsprozesses und Befreiung des Volkes, durch Hebung der Bildung und Kultur der werktätigen Massen. Sie bekämpft die Herrschaft übermächtiger Wirtschaftsgruppen und verlangt ihre Unterordnung unter den Willen des Staates.

Die Sozialdemokratie fordert insbesondere die

Erhaltung eines wirklichen Mieterschutzes,

die Förderung eines gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbau, den Schutz der Kleinpächter und Kleinrentner, die Heraushebung der Renten für Sozialversicherte, Kriegsverletzte, Witwen und Waisen, eine menschenwürdige Unterhaltung der Arbeitslosen und Schaffung einer geschlossenen Arbeitslosenversicherung. Im Verein mit den Gewerkschaften kämpft sie für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

für den Achtstundentag

und die Ratifizierung des Abkommens von Washington. Sie fordert die Befreiung der Willkür des Personalabbaues. Sie verlangt auf allen Gebieten erhöhten Schutz der wirtschaftlich Schwachen durch Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Das deutsche Volk wird nur dann leben können, wenn es neue Wege zu einer helleren Zukunft beschreitet. Der Weg zurück in die Vergangenheit führt ins Verderben

**Der Feind steht rechts!
Nieder mit dem Bürgerblock!
Es lebe die Sozialdemokratie!**

Berlin, 26. Oktober 1924.

Reichstagsfraktion und Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.